

A N F R A G E

des Abgeordneten Klaus Kessler (B90/Grüne)

betr.: Carbon Divestment und Anlagerichtlinien

Unter „Carbon Divestment“ wird der Abzug von Kapital aus der fossilen Energiebranche und damit die Reallokation klimaschädlicher Investitionen in nicht klimaschädliche Anlagen verstanden. Damit soll sowohl ein Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele geleistet werden als auch zur Vermeidung von Turbulenzen auf den europäischen und internationalen Finanzmärkten. Dem liegt die Idee zugrunde, dass bei einer Begrenzung der Erderwärmung ein Großteil der fossilen Energiereserven nicht verbrannt werden, unter der Erde bleiben und somit für die Kohle-, Öl, und Gasunternehmen finanziell wertlos wird (sogenannte „stranded assets“). Diese abzuschreibenden Vermögenswerte stellen ein erhebliches Risiko für Investoren und das Wirtschafts- und Finanzsystem dar.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Saarlandes:

1. In welche Aktien, Fonds und Anleihen hat das Land jeweils in welcher Höhe investiert?
2. Welche Anlagerichtlinien bestehen für die Geldanlagen des Landes?
3. Welche Unternehmen mit Landesbeteiligung, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts investieren in Aktien, Fonds oder Anleihen?
4. In welche Aktien, Fonds oder Anleihen haben die betreffenden Unternehmen mit Landesbeteiligung, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts jeweils in welcher Höhe investiert?
5. Welche Anlagerichtlinien gelten für die Unternehmen mit Landesbeteiligung, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts?
6. Inwiefern werden soziale bzw. ökologische Kriterien bei Geldanlagen des Landes, von Unternehmen mit Landesbeteiligung, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts derzeit berücksichtigt und wie lauten diese Kriterien?
7. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, zukünftig für die Geldanlagen des Landes, von Unternehmen mit Landesbeteiligung, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts soziale bzw. ökologische Kriterien miteinzubeziehen?
8. Welche Anlagerichtlinien bestehen für die Kommunen und kommunale Unternehmen im Land?
9. Inwiefern werden soziale bzw. ökologische Kriterien bei Geldanlagen der Kommunen und von kommunalen Unternehmen im Land derzeit berücksichtigt und wie lauten diese Kriterien?
10. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, dass Kommunen und kommunale Unternehmen zukünftig für ihre Geldanlagen soziale bzw. ökologische Kriterien einbeziehen?